

Legitimitäts- und Verfassungskrise in Tunesien

Zuspitzung durch politische Morde und die Entwicklungen in Ägypten

Anna Antonakis-Nashif

In der Verfassungsgebenden Versammlung (Assemblée Nationale Constituante, ANC) Tunesiens hätte ab Anfang Juli 2013 über die einzelnen Artikel des aktuellen Verfassungsentwurfs abgestimmt werden sollen. Eine erste wichtige Etappe des Übergangsprozesses schien damit kurz vor ihrem Abschluss zu stehen. Stattdessen aber droht der Verfassungsprozess nun zu scheitern. Nachdem in Ägypten gegen Präsident Mohamed Mursi mobilisiert wurde, stellten in Tunesien führende Kräfte der Opposition die Legitimität dieses Prozesses in Frage. Der aktuelle Verfassungsentwurf sei inakzeptabel, da das für ein Jahr erteilte Mandat der ANC längst abgelaufen sei. Infolge der Ermordung des Oppositionspolitikers Mohamed Brahmî hat nicht nur die von vielen als mit-schuldig angesehene Regierung weiter an Glaubwürdigkeit verloren, auch die Krise im Verfassungsprozess spitzte sich zu: Am 25. Juli setzten 60 Abgeordnete ihre Arbeit in der ANC aus. Bemühungen der Regierung um eine Überwindung der Krise blieben bislang erfolglos.

Die Entscheidung, nach der Absetzung und Flucht Präsident Zine el-Abidine Ben Alis im Januar 2011 eine Verfassungsgebende Versammlung zu wählen, war ein wichtiger Schritt für den Umbau des politischen Systems. Der damit verbundene »tunesische Fahrplan« wurde allerdings nicht von der Übergangsregierung vorgelegt: Es waren die Protestierenden aus allen Teilen des Landes, die sich in der sogenannten Kasbah-I- und Kasbah-II-Bewegung im Januar und Februar 2011 zusammenfanden und bei Sit-ins eine neue Verfassung einforderten. Übergangspräsident Fouad Mebazza kündigte unter

ihrem Druck im März 2011 direkte Wahlen zu einer Versammlung an, die binnen eines Jahres eine neue Verfassung für Tunesien ausarbeiten und zugleich als Legislative der Übergangsperiode dienen sollte.

Kräfteverteilung in der ANC

Aus den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Oktober 2011 ging die Partei der Muslimbrüder Ennahda zwar als klare Siegerin hervor, sie verfehlte aber die absolute Mehrheit. Folglich war sie gezwungen, eine Regierungskoalition zu

Anna Antonakis-Nashif ist Doktorandin im SWP-Projekt »Elitenwandel und neue soziale Mobilisierung in der arabischen Welt«. Das Projekt wird gefördert aus Mitteln des Auswärtigen Amtes im Rahmen der Transformationspartnerschaften mit der arabischen Welt sowie der Robert Bosch Stiftung und kooperiert mit dem Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung sowie dem Institut für Begabtenförderung der Hanns-Seidel-Stiftung.

SWP-Aktuell 49
August 2013

bilden, und ging mit zwei kleineren Partnern zusammen: dem Congrès pour la République (CPR) und dem Forum démocratique pour le travail et les libertés (FDTL, auch Ettakatol genannt), beide eher säkular und sozialdemokratisch ausgerichtet. Gemeinsam stellten sie die Übergangsregierung, die sogenannte Troika. Dabei stützte sich Ennahda als größte Fraktion der ANC auf 89 der 217 Sitze. Ihre Koalitionspartner kamen auf 29 (CPR) und 20 Sitze (Ettakatol, FDTL).

Die Bildung der Koalition zwang die ungleichen Partner zu Kompromissen, die für viele Abgeordnete nicht akzeptabel waren. Dies wirkte sich auch auf die Zusammensetzung der ANC aus. In der Versammlung haben unterdessen mehrere Umbildungen stattgefunden, die insbesondere auf Kosten der beiden kleineren Koalitionspartner gegangen sind. Dass Abgeordnete bereits drei Mal die Partei gewechselt haben, ist keine Seltenheit. Zum einen können diese Wechsel durch Enttäuschungen über die Regierungskoalition erklärt werden: Viele ANC-Abgeordnete der beiden Koalitionspartner fühlten sich von ihren Parteien verraten, da sie Ennahda zu viele Zugeständnisse gemacht und um der Teilhabe an der Macht willen wichtige politische Positionen preisgegeben hätten. Aktuell sitzen für die Regierungsparteien CPR und FDTL nur noch 12 bzw. 13 Abgeordnete in der ANC.

Zum anderen sind die Umbildungen auf die Gründung einer neuen Partei zurückzuführen: Mit der Partei Nidaa Tounes betrat im Juli 2012 ein umstrittener Akteur die politische Bühne. Unter Führung von Béji Caid Essebsi, Innenminister unter Präsident Habib Bourguiba und Premierminister der Übergangsregierung 2011, versteht sie sich als säkulare Alternative zu Ennahda und Verteidigerin des »modernen Tunesiens«. Neben Gewerkschaftsaktivisten und Destourianern (Anhängern der Partei des früheren Präsidenten Bourguiba) finden sich darin auch ehemalige Mitglieder von Ben Alis Einheitspartei Rassemblement constitutionnel

démocratique (RCD). Nidaa Tounes gehören mittlerweile 11 Abgeordnete an, die hauptsächlich von CPR und FDTL übergewechselt sind. Nach Umfragen vom Juli 2013 läge Nidaa Tounes mit 20,3 Prozent deutlich vor der Ennahda-Partei (13 Prozent), wenn heute Wahlen abgehalten würden.

Mittlerweile haben sich in der ANC drei größere Blöcke herausgebildet. Nur der Ennahda-Block stimmt in der Regel einheitlich ab und ist auch sonst deutlich präsenter als die anderen Blöcke. Der sogenannte unabhängige Block stellt mit 53 Abgeordneten die zweitgrößte Formation, die vornehmlich Abgeordnete von Splitterparteien sowie 20 unabhängige Politikerinnen und Politiker versammelt. Einer von ihnen war der im Juli 2013 ermordete Politiker der Partei Mouvement du Peuple, Mohamed Brahmi. Der sogenannte demokratische Block umfasst 36 Abgeordnete, die den Parteien al-Massar (7), al-Jomhouri (8), der Alliance Démocratique (10) und anderen kleineren Gruppierungen (11) angehören.

Der Verfassungsprozess

Bei der Ablegung ihres Eides im November 2011 verpflichteten sich die Abgeordneten, die Verfassung binnen eines Jahres auszuarbeiten. Die Arbeit wurde auf sechs Kommissionen verteilt, die unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte hatten. Die Ergebnisse wurden von einem Redaktionskomitee zusammengefasst und überarbeitet. Im Zuge intensiver Debatten und Rückkoppelungen zwischen Komitee und Kommissionen sind insgesamt bislang vier Entwürfe für eine neue tunesische Verfassung vorgelegt worden.

Identitätsfragen und Konsens-Kultur

Ein Hauptstreitpunkt in den Debatten betraf die Bedeutung verschiedener Rechtsquellen in der Verfassung. Ungeklärt blieb vor allem die Frage nach den Werten, die die Politik künftig leiten sollen. Letztlich ging es damit auch um die Frage nach dem Verhältnis von Religion und Staat.

Bei der Formulierung der Präambel und der Grundsätze machte Ennahda im ANC-Komitee am meisten Zugeständnisse. Im ersten Verfassungsentwurf wurden lediglich »moderate islamische« Werte als Basis der Verfassung genannt. Im zweiten Entwurf wurde hinzugefügt, dass die »Prinzipien« der Menschenrechte respektiert werden sollen, allerdings nur dann – und dies wird erst in Artikel 15 einschränkend angemerkt –, wenn diese Prinzipien mit den spezifischen kulturellen Besonderheiten des tunesischen Volkes im Einklang sind. Diese Formulierung, so fürchtete vor allem das liberale Lager, eröffne die Möglichkeit, Menschenrechte unter Verweis auf »Spezifika einer tunesischen Identität« zu unterdrücken.

In den Plenarsitzungen zeigten sich deutliche Divergenzen der verschiedenen Lager: Während Vertreter der Ennahda die Bezugnahme auf die universellen Menschenrechte als »linkes Gedankengut« verstehen und mit der Scharia bereits fundamentale Freiheiten garantiert sehen, halten Abgeordnete des unabhängigen und des demokratischen Blocks diese Werte für unverzichtbare Kernbestandteile der Verfassung.

Lobna Jeribi (Ettakatol), Vize-Präsidentin der zuständigen Kommission, regte an, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als eine Quelle des Rechts in der Präambel festzuschreiben. Im aktuellen Entwurf werden die Prinzipien der »universellen Menschenrechte« ohne Einschränkung anerkannt – allerdings erst an zweiter Stelle nach den »islamischen Werten«. Auf diese Lösung hatten sich Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Parteien im Rahmen eines nationalen Dialogforums geeinigt. In diesem Sinne hatten sich auch vom Koordinationskomitee einberufene Rechtsexperten in ihrem Bericht zum zweiten Verfassungsentwurf geäußert.

Die damit gefundene Regelung, die den Konflikt zwischen islamischen Werten und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Kern nicht löst, entspricht der

Konsens-Kultur, die die Troika-Regierung angesichts der unterschiedlichen ideologischen Ausrichtung der Koalitionspartner nolens volens propagiert.

Einfluss der Zivilgesellschaft

Die Auseinandersetzungen fanden nicht nur in der ANC, sondern etwa auch in den Medien statt. Dabei spielten das Internet und neue soziale Medien eine nicht zu unterschätzende Rolle: Web-basierte Initiativen wie al-Bawsala versuchten Transparenz zu schaffen, indem sie das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten online dokumentierten und Debatten im Live-stream übertrugen. Abgeordnete gaben über ihre Facebook- und Twitter-Accounts Einblicke in ihre Arbeit und regten zu Debatten an.

Das liberale Lager und zivilgesellschaftliche Organisationen mit langer Tradition, wie die Association Tunisienne des Femmes Démocrates (ATFD) und die Ligue Tunisienne des Droits de l'Homme (LTDH), hatten Sorge, bestehende Rechte verteidigen zu müssen und darum keine neuen einfordern zu können – dies auch angesichts der Machtverhältnisse im Parlament und der als mangelhaft bewerteten Performanz der säkularen Parteien. Aus diesem Grunde trugen sie das Ringen um Formulierungen im Verfassungsentwurf auch auf die Straße. So rief beispielsweise ein breites Bündnis am 13. August 2012 zu einer Demonstration auf, als im ersten Verfassungsentwurf die Rolle der Frau als »komplementär« zu der des Mannes festgeschrieben werden sollte. Selma Mabrouk, Mitglied der Kommission für Rechte und Freiheiten in der ANC, die Ettakatol verließ, um sich al-Massar anzuschließen, veröffentlichte den strittigen Artikel 28 bereits vor der offiziellen Bekanntgabe des ersten Entwurfs auf ihrer Facebook-Seite. Die zivilgesellschaftliche Mobilisierung zeigte Wirkung: Im zweiten Verfassungsentwurf tauchte die Komplementaritätsklausel, die die Geschlechtergleichheit einschränkt, nicht mehr auf.

Zumindest mit Blick auf die Menschen- und Frauenrechte lässt sich für den nun vorliegenden Verfassungstext, vor allem aufgrund der Interventionen der Zivilgesellschaft, ein positives Fazit ziehen. Das gestehen auch regierungskritische Menschenrechtsanwälte zu.

Nationale Dialoge

Die ANC kam mit ihrer Arbeit langsamer voran als geplant. Um einer Legitimitätskrise vorzubeugen, die mit dem Ablauf des ANC-Mandats im Oktober 2012 zu erwarten war, und um den Transitionsprozess zu beschleunigen, wurden nationale Dialoge einberufen. Ihre Teilnehmer sollten ein breiteres Spektrum politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure repräsentieren. Dabei konkurrierten die Initiativen der politisch einflussreichen Gewerkschaft Union Générale des Travailleurs Tunisiens (UGTT) mit jenen der Regierung.

Die UGTT organisierte bereits im Oktober 2012 einen Dialogprozess zu den weiteren Schritten nach Ablauf des Mandats der ANC. Zahlreiche Parteien und Vereine folgten ihrer Einladung; Ennahda und CPR verweigerten sich allerdings mit der Begründung, dass Nidaa Tounes teilnehme, die man boykottiere. Die Ermordung des Oppositionspolitikers Chokri Belaid im Februar 2013 löste eine politische Krise aus, die die Fortsetzung des Übergangsprozesses gefährdete. Daraufhin rief am 15. April Präsident Moncef Marzouki seinerseits zu einem nationalen Dialog auf, an dem sich alle Regierungs- und die meisten Oppositionsparteien beteiligten, die in der ANC vertreten waren, inklusive Nidaa Tounes. Diesmal schlugen einige Parteien des sozialistischen und sozialdemokratischen Spektrums und die UGTT die Einladung zum Dialog aus.

Erst bei der zweiten Runde des von der UGTT initiierten Dialogs im Mai 2013 gelang es schließlich, alle Parteien sowie zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft an einen Tisch zu bringen. Nidaa Tounes hatte zuvor an dem von der

Regierung angestoßenen Dialog teilgenommen, was Ennahda veranlasst hatte, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Ein wichtiges Ergebnis des UGTT-Dialogs war eine einmütige Absage an Terrorismus und jede Form von Gewalt.

Als konkrete Maßnahme forderte im Rahmen des Dialogs ein breites Bündnis unter der Führerschaft von Nidaa Tounes, die Ligen zum Schutz der Revolution (Ligues de la protection de la révolution, LPR) aufzulösen. Die LPR hatten sich kurz nach dem politischen Umbruch am 14. Januar 2011 gegründet und verfügen über eine landesweite Organisationsstruktur mit 17 Ablegern. Menschenrechtsorganisationen und Oppositionsparteien schreiben ihnen zahlreiche gewalttätige Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten, Künstlerinnen und Künstler sowie Politikerinnen und Politiker zu, die den Übergangsprozess stark beeinträchtigen. Sie sehen Ennahda zudem als Strippenzieherin der LPR. Die Regierungspartei und die Ligen bestreiten indes jegliche Zusammenarbeit. Hamma Hammami, Generalsekretär der Arbeiterpartei und Sprecher des linken Parteienbündnisses Front Populaire, erklärte gar, es könne keine Wahlen geben, wenn die Ligen zuvor nicht aufgelöst würden. Ennahda-Parteichef Rachid al-Ghannouchi wies darauf hin, dass eine Auflösung der Ligen lediglich von den Gerichten, nicht aber politisch durchgesetzt werden könne.

Weitere Themen in den nationalen Dialogen waren der aktuelle Verfassungsentwurf, die Rolle unabhängiger Institutionen, etwa die Frage der Einsetzung einer unabhängigen Medienkommission oder einer (im Juli erfolgreich angebahnten) unabhängigen Rechtsinstanz für den Übergang, sowie das Wahlrecht für die nächsten Parlamentswahlen. Man einigte sich im Zuge der Debatten unter anderem auf ein künftiges semi-präsidentielles System und darauf, dass sechs Monate nach Bekanntgabe der Zusammensetzung der Wahlkommission Neuwahlen stattfinden sollten.

Die nationalen Dialoge sollten dazu dienen, den als Folge von Terminverschiebun-

gen und gravierenden Meinungsverschiedenheiten festgefahrenen Verfassungsprozess in Gang zu halten und ihm durch die Einbeziehung weiterer gesellschaftlicher Akteure neue Legitimität zu verleihen. Allerdings: Auch wenn es gelang, in diesen zwar nicht gewählten, aber inklusiveren Foren konkrete Vereinbarungen zu treffen und konstruktive Vorschläge zu entwickeln, hat die ANC ihnen kaum Rechnung getragen. Insofern konnten sie nur bedingt positiven Einfluss entfalten.

Delegitimierung des Verfassungsprozesses

Als wichtiger Erfolg der Opposition wurde gewertet, dass Ennahda zustimmte, neben der Religions- auch Meinungs- und Gewissensfreiheit in Artikel 6 aufzunehmen. Unterdessen aber hat die tunesische Justiz, die seit dem Umbruch noch nicht reformiert worden ist, seit einigen Monaten Prozesse gegen kritische Aktivistinnen und Aktivisten angestrengt. Politisch-ideologisch motivierte Straftaten, die unter anderem von den Ligen zum Schutz der Revolution verübt wurden, sind dagegen milde geahndet worden. Diese Diskrepanz wird besonders deutlich, wenn man die Prozesse und Urteile gegen den Atheisten und Autor Jabeur Mejri, den Rapper Waled 15, die Femen-Aktivistin Amina oder das Künstler-Kollektiv Fanni Raghman Anni mit der mangelhaften Aufklärung und Strafverfolgung vergleicht, die im Falle des Angriffs auf die US-Botschaft im September 2012 oder der Ermordung des populären linken Oppositionspolitikers Chokri Belaid im Februar 2013 zu beobachten war. Die Urteile gegen Aktivisten basieren auf einer konservativen Auslegung geltender Gesetze und scheren sich wenig um die in den Verfassungsentwürfen vorgesehenen Freiheiten. Nach Ansicht vieler Oppositioneller hat Ennahda bei den Urteilen ihren Einfluss spielen lassen. Sie scheinen insofern auch ihren Verdacht zu bestätigen, dass Ennahda eben keine demokratische Gesinnung habe.

Das Spannungsverhältnis zwischen deklaratorischen Formulierungen und alltäglicher Praxis trägt mit zu der Wahrnehmung bei, dass der Verfassungsprozess den Realitäten im Lande zunehmend entzückt. Seine Legitimität wird daher auch von verschiedenen Teilen der Gesellschaft angezweifelt. Dabei werfen Kritiker Ennahda vor, den Übergangsprozess unnötig in die Länge zu ziehen, indem sie zwar Zugeständnisse in der Verfassung mache, gleichzeitig aber eine weitreichende Islamisierung der Gesellschaft und der Institutionen betreibe. Dies zeige sich beispielsweise an der Neubesetzung von Verwaltungsposten oder dem Versuch, stärkeren Einfluss auf die Medien zu gewinnen.

Viele haben auch den Eindruck, dass manche Akteure bei den Auseinandersetzungen um die Verfassung eine Hinhaltenaktik praktizieren, um die wahren Probleme des Landes nicht in Angriff nehmen zu müssen. Ahmad Khaskoussi, Generalsekretär des Mouvement des Démocrates Socialistes (MDS), trat im Juli aus der ANC aus und bekräftigte diesen Vorwurf mit dem Argument, dass Abgeordnete die Arbeit absichtlich hinauszögerten, um länger Diäten zu kassieren. Das Verhältnis von Dauer, Kosten (die nach konservativen Schätzungen des Portals Marsad bei rund 16 Millionen Euro liegen) und Qualität des Verfassungsprozesses wird von vielen als unausgewogen beurteilt. Die Arbeit der Abgeordneten erscheint nicht wenigen als ineffizient, die nationalen Dialoge sind in ihren Augen Showveranstaltungen, die ohne Konsequenzen bleiben. Die zunehmende Unzufriedenheit beruht nicht zuletzt auf der Wahrnehmung vieler Tunesierinnen und Tunesier, dass drängende, ihre Lebensrealitäten betreffende Fragen nicht ausreichend behandelt werden, etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen. Selbst in dem von der Gewerkschaft UGTT einberufenen nationalen Dialog hatten sich demgegenüber Probleme der inneren Sicherheit schnell in den Vordergrund gedrängt.

Viele Tunesier möchten die unklaren Verhältnisse der Übergangsperiode end-

lich hinter sich lassen: Sie fordern einen raschen Abschluss des Verfassungsprozesses, damit der Weg für Neuwahlen eröffnet werden kann. Dazu ist auch eine Einigung im Streit um die Zusammensetzung der Wahlkommission notwendig, der sich bereits seit Monaten hinzieht.

Boykott der Opposition

In der Plenarsitzung der ANC vom 1. Juli hätten eigentlich die ersten Artikel der Verfassung verabschiedet werden sollen. Abgeordnete des demokratischen und des unabhängigen Blocks unterbrachen jedoch den Berichterstatter des Redaktionskomitees, Habib Khedher (Ennahda), und verlasen ein Kommuniqué, das zum Boykott des aktuellen Verfassungsentwurfs aufruft. Die Coalition pour la Révision de la Constitution, der rund ein Drittel der Abgeordneten angehören, hatte schon im Vorfeld angekündigt, dem aktuellen Verfassungsentwurf nicht zustimmen zu wollen. Die Koalition hatte sich im April 2013 gebildet, als der dritte Entwurf vorgelegt worden war.

Der aktuelle Verfassungsentwurf sei nicht legitim, hieß es im Kommuniqué vom 1. Juli, da Artikel 104 der internen Satzung verletzt worden sei, nach dem die Arbeit der einzelnen Kommissionen gebührend berücksichtigt werden müsse. Auch den Ergebnissen der nationalen Dialoge sei nicht ausreichend Rechnung getragen worden. Für den »Betrug« machen sie Ben Jaffar als Vorsitzenden sowie den Hauptberichtersteller des Redaktionskomitees, Khedhr, verantwortlich. Das Komitee habe seine Kompetenzen überschritten, indem es den Entwurf nicht nur formal, sondern auch inhaltlich überarbeitet habe. Dabei geht es insbesondere um Artikel 141, der den Islam als unantastbare Staatsreligion festschreibt (während in Artikel 1 lediglich vom Islam als der Religion Tunesiens die Rede ist). Der Vorwurf, Ennahda schaffe sich eine Verfassung nach eigenen Wünschen (»à sa mesure«), verhindert derzeit eine Einigung.

Die Boykottforderungen wurden drängender, nachdem Ägyptens Präsident Mursi am 3. Juli vom Militär abgesetzt worden war. Nidaa Tounes und die Populäre Front beglückwünschten das ägyptische Volk zum erfolgreichen Widerstand gegen die islamistischen Machthaber, die sich gegen die Revolution gestellt hätten. Hammami, der bereits erwähnte Sprecher der Front Populaire, forderte daraufhin die Auflösung der ANC und die Wahl einer Übergangsregierung, die den Verfassungsprozess zu Ende führen solle. Ennahda hingegen nahm für die ägyptischen Muslimbrüder Partei: Ghannouchi erkannte den vom Militär eingesetzten Präsidenten nicht an, verurteilte die Intervention des Militärs und sah in ihr einen Angriff auf alle islamischen Parteien. Beide Lager versuchten, die Entwicklungen in Ägypten als »Droh-szenario« für Tunesien zu nutzen, um die eigenen Anhänger jeweils hinter sich zu scharen.

Zwar hat sich auch in Tunesien nach ägyptischem Vorbild eine (bzw. mehrere) Aufstandsbewegung (Tamarrod Tunisia) gebildet, die Unterschriften für die Auflösung der ANC sammelt. Deren Initiativen haben bisher jedoch wenig Rückhalt und sind unzulänglich organisiert. Auch wenn Medien in diesem Zusammenhang von einer Bewegung sprechen, handelt es sich de facto um ein reines Facebook-Phänomen. Ihren Betreibern fehlt es an finanziellen und Personalressourcen (in Form von Aktivistinnen oder politischen Akteuren). Zudem scheint das tunesische Militär, ohnehin ein relativ schwacher Akteur, derzeit nicht gewillt, Forderungen nach einem Sturz der Regierung zu unterstützen.

Die Konsens-Kommission

Die Reaktion der Regierung auf die Vorwürfe von Opposition und Zivilgesellschaft war eine doppelte: Präsident Marzouki reichte bei der Staatsanwaltschaft Klage gegen jene ein, die zum Boykott der ANC und der Regierung aufgerufen haben und damit, so die Klageschrift, die nationale

Einheit gefährdet hätten. Der erste Prozess gegen Tahar Ben Hassine, Leiter des TV-Senders Al-Hiwar al-tounisi und Mitglied von Nidaa Tounes, ist bereits eingeleitet worden. Gleichzeitig berief Marzouki Anfang Juli eine sogenannte Konsens-Kommission unter Vorsitz Ben Jaffars ein, die die Unstimmigkeiten endgültig ausräumen und den Weg zur Abstimmung über die einzelnen Artikel freimachen soll. Dabei wurden allein zwei Sitzungstage beansprucht, um die Repräsentativität der 22 Mitglieder dieser Kommission zu prüfen. Auf diese Weise wollte man sichergehen, dass alle Strömungen des Parlaments vertreten sind und bei den Vollversammlungen keine »Überraschungen« mehr vorkommen. Sollte der Verfassungsentwurf nicht als Gesamtdokument spätestens beim zweiten Wahlgang mit Zweidrittelmehrheit der ANC-Abgeordneten angenommen werden, will man über die Annahme der Verfassung per Volksabstimmung entscheiden lassen.

Unter den Artikeln, die noch einmal zur Debatte gestellt werden sollen, sind vor allem solche, die Fragen der Identität Tunesiens betreffen. Dazu gehören etwa Aussagen der Präambel. In dem Entwurf fehle, so Oppositionsvertreter, die Referenz einer »mediterranen« Identität, die das Land enger an den europäischen Kontinent binde, wie das bereits im Expertenbericht von April 2013 gefordert worden war. Bislang wird in der Präambel des Entwurfs lediglich auf die arabische und afrikanische Identität verwiesen. Auch soziale Fragen sollten nach den Forderungen der linken Parteien in dem Verfassungstext stärker berücksichtigt werden. Die Abgeordneten versuchen damit revolutionäre Vorstellungen einfließen zu lassen. Weitere Streitpunkte sind der bereits erwähnte Artikel 141 sowie eine Gesetzesinitiative zur »Immunsierung der Revolution«. Sollte letztere Erfolg haben, könnten unter anderem führende Politiker von Nidaa Tounes aufgrund ihrer Beziehungen zum alten Regime von den nächsten Wahlen ausgeschlossen werden. Dieses Gesetz wird nicht zuletzt von den Ligen zum

Schutz der Revolution lautstark gefordert. Im nationalen Dialog der UGTT wiederum wurde die Auflösung eben dieser Ligen diskutiert. Sie scheiterte bisher an Ennahda und bleibt Anlass für eine Kontroverse, die den gesamten Prozess beeinträchtigt.

Der Mord an Mohamed Brahmi

Am 25. Juli wurde Mohamed Brahmi ermordet, ein populärer, unabhängiger Politiker. Diese Tat rief Wut und Verzweiflung hervor, die Spannungen im Verfassungsprozess erreichten einen neuen Höhepunkt. Zwar wurde der Mörder rasch ausfindig gemacht. Doch geben Kritiker der Regierung und insbesondere Ennahda zumindest eine Mitschuld an diesem und früheren Verbrechen gegen Oppositionspolitiker – auch wenn Regierung und Ennahda die Morde einstimmig verurteilt und als Angriff auf den Transformationsprozess gewertet haben.

Die aus Anlass dieses Mordes initiierten Proteste konzentrierten sich bald auf den Sitz der ANC. Dabei verfolgten die Protestierenden zu Beginn unterschiedliche Ziele: Viele sprachen sich für eine neue Regierung, aber gegen eine vollständige Auflösung der ANC aus. Unter dem Eindruck des Mordes und zivilgesellschaftlicher Mobilisierung setzten bisher 60 Abgeordnete ihre Arbeit in der ANC aus. Neben Angehörigen des unabhängigen und demokratischen Blocks finden sich unter ihnen auch Mitglieder der Regierungspartei Ettakatol. Manche dieser Abgeordneten zählen zu jener Gruppe, die bereits am 1. Juli zum Boykott des Verfassungsprozesses aufgerufen hatte. Sie fordern die Auflösung der ANC und die Einsetzung einer Technokraten-Regierung, die den Verfassungsprozess zügig abschließen und Wahlen vorbereiten soll. Unterstützt werden sie von der UGTT und einer stetig wachsenden Zahl von Demonstranten.

Ettakatol-Sprecher Mohamed Bennour kündigte am 29. Juli an, dass seine Partei die Koalition verlassen werde, sollten Ennahda und CPR einer Auflösung der Troika zugunsten einer Regierung der Natio-

nalen Einheit nicht zustimmen. Dies deutet auf einen bevorstehenden Bruch der Regierungskoalition hin. Da Ettakatol allerdings nicht zum ersten Mal in diesem Jahr mit dem Austritt aus der Regierung droht, ist unklar, wie ernst man die Erklärung nehmen soll. Wichtiger scheint, dass auch in Provinzen wie El Kef und Sidi Bouzid die Zentralregierung zunehmend in Frage gestellt wird und Zusammenschlüsse von Parteien parallele regionale Verwaltungskomitees ausgerufen haben.

Ausblick und Empfehlungen

Die stetig zunehmenden Proteste, die von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragen werden und immer größeren Zulauf haben, erreichten am 6. August ihren bisherigen Höhepunkt. Mohamed Ben Jaffar kündigte daraufhin an, dass die Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung so lange ruhen solle, bis sich Opposition und Regierung geeinigt hätten. Die Opposition wertet dies als ersten Erfolg.

Ein ähnliches Szenario wie in Ägypten ist für Tunesien indes unwahrscheinlich, auch weil dessen Militär ein vergleichsweise schwacher Akteur ist. Ungeachtet dessen steckt der Verfassungsprozess in einer Sackgasse, die Legitimität der Übergangsregierung hat schwer gelitten. Das Land hat dank seiner breit aufgestellten Zivilgesellschaft nun die Möglichkeit, seinen eigenen Weg aus der Legitimitätskrise zu finden. Die Ankündigung von Premierminister Ali Larayedh (Ennahda), am 17. Dezember 2013 Wahlen abzuhalten, erfüllt die Forderungen von Oppositionsparteien, Zivilgesellschaft und Gewerkschaft nicht.

Wie auch die jüngsten Bemühungen gezeigt haben, können die Europäer wenig tun, um in der aktuellen Krise zwischen den Lagern zu vermitteln. Sie sollten sich angesichts des langwierigen und schwierigen Prozesses jedenfalls nicht in Wertedebatten einmischen und insbesondere nicht dazu beitragen, dass sich die Gesellschaft weiter polarisiert. Die Bemühungen

europäischer Politik sollten vielmehr vor allem darauf gerichtet sein, die wirtschaftliche Stabilisierung zu unterstützen, nicht zuletzt damit Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Darüber hinaus sollte europäische Politik dazu beitragen, dass sich eine kritische Öffentlichkeit etablieren und ihren Einflussbereich ausweiten kann. Unabhängige Watchdog-Einrichtungen wie al-Bawsala oder Nawaat bereiten Informationen zu den teilweise unübersichtlichen Entwicklungen auf und sorgen damit für Transparenz. Dadurch fördern sie eine solche Öffentlichkeit, in der die Möglichkeit besteht, eine kritische Diskussion etwa über Werte, Politiken und externe Beziehungen zu führen.

Im September 2012 haben Deutschland und Tunesien eine Sicherheitspartnerschaft vereinbart. Deutsche und europäische Unterstützung beim Umbau des Sicherheitssektors sollte in erster Linie darauf abzielen, dass sich tunesische Polizisten verpflichtet fühlen, die Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sichern. So muss es etwa darum gehen, friedliche Demonstrationen zu schützen, nicht sie niederzuknüppeln. Deutschland und seine europäischen Partner sollten in diesem Kontext auch Forderungen unterstützen, dass Fälle von mutmaßlicher Polizeigewalt rasch aufgeklärt werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364